

# STADT SCHÖNINGEN

## Bebauungsplan "Bohrfeld, 5. Änderung"

### § 1

Der Geltungsbereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes "Bohrfeld" ist identisch mit dem Geltungsbereich der am 30.10.1981 genehmigten 1. teilweisen Änderung des Bebauungsplanes "Bohrfeld".

### § 2

Die textliche Festsetzung Nr. 1 des Bebauungsplanes "Bohrfeld, 1. Änderung" wird abgeändert und enthält nunmehr folgenden Wortlaut:

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 (1) BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind, wie folgt eingeschränkt:

Zulässig sind nur Einfriedungen, Pergolen, Teppichklopfstangen, Müllboxen, Garagen und Carports.

## Bohrfeld - 5. Änderung

BauNVO  
1977 / 86

NBauO  
§ 69a

§ 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. von 22.06.82 (Nds. GVBl. S. 229) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.10.86 (Nds. GVBl. S. 229) der Rat der Stadt Schöningen.. diesen Bebauungsplan beschlossen.

Schöningen, den 09. JUNI 1988  
Bürgermeister  
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 17. MRZ. 1988 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. 6)

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 24. MRZ. 1988 ortsüblich bekannt gemacht.

Schöningen, den 09. JUNI 1988  
Stadtdirektor

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom .....). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Schöningen, den .....  
Katasteramt

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:  
Stadt Schöningen  
Bauverwaltung

Schöningen, den 14. MRZ. 1988  
Bauamtsrat

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 17. MRZ. 1988. dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 24. MRZ. 1988 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 05. APR. 1988 bis 05. MAI 1988 öffentlich ausgelegt.

Schöningen, den 09. JUNI 1988  
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1 2. Halbsatz BauGB beschlossen. 1) Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom ..... bis ..... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Schöningen, den .....  
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen. 1)

Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde vom ..... bis zum ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Schöningen, den .....

gründung best. am 09. JUNI 1988  
Schöningen

Der Bebauungsplan ist am 14.07.1988 gem. § 11 BauGB angezeigt worden.

Die/der ..... hat bis zum ..... die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 2 Satz 2 BauGB).

oder: Die/der Landkreis Helmstedt... hat am 02.09.88 (Az. 692-21-540/901-18/5) erklärt, daß sie/er unter Auflagen/Maßgaben 5) - keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Schöningen, den 02.09.1988  
Landkreis Helmstedt  
Bezirksregierung/Landkreis  
i.A. Bauamtsrat

Der Bebauungsplan ist den am ..... (Az. ....) im Amtsblatt f. d. Landkreis Helmstedt M. 01 bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben 5) vom ..... bis ..... öffentlich ausgelegt. 1)

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekannt gemacht. 1)

Wegen der Auflagen/Maßgaben 5) hat die Gemeinde zuvor eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt. Den Beteiligten wurde vom ..... bis ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. 1)

Schöningen, den .....  
Stadtdirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am 11.01.1989 im Amtsblatt f. d. Landkreis Helmstedt M. 01 bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 11.01.1989 in Kraft getreten.

Schöningen, den 11.01.1989  
gez. Lübke  
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1, Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht 5) geltend gemacht worden.

Schöningen, den 11.01.1990  
gez. Lübke  
Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel in der Abwägung nicht 5) geltend gemacht worden.

Schöningen, den .....  
Stadtdirektor

## Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes "Bohrfeld" der Stadt Schöningen

In dem am 30.10.1981 genehmigten Bebauungsplan "Bohrfeld 1. teilweise Änderung" der Stadt Schöningen ist unter textlichen Festsetzungen Punkt 1 folgende Festsetzung getroffen:

Auf den nichtüberbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 (1) Baunutzungsverordnung und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind, wie folgt eingeschränkt:

Zulässig sind nur Einfriedigungen, Pergolen, Teppichklopfstangen und Müllboxen.

Durch diese Festsetzung sollte verhindert werden, daß auf den Grundstücksgrenzen Ställe, Hundezwinger oder Gewächshäuser errichtet werden. Durch diese Festsetzung ist jedoch der Bau einer Garage bzw. eines Carports bei wenigen Grundstücken in diesem Baugebiet auf der Grenze nicht möglich. Diese Einschränkung ist bei der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Sicherheit nicht beabsichtigt gewesen, zumal im gesamten Bebauungsplan "Bohrfeld" diese Festsetzung nicht vorhanden ist. Aus diesem Grunde und um eine Gleichbehandlung aller Grundstücke in dem gesamten Baugebiet herzustellen, beabsichtigt die Stadt Schöningen, die o. a. textliche Festsetzung wie folgt zu ändern:

Zulässig sind nur: Einfriedigungen, Pergolen, Teppichklopfstangen, Müllboxen, Garagen und Carports.

Die Stadt Schöningen vertritt den Standpunkt, daß die bisherige textliche Festsetzung zu einer nicht beabsichtigten Härte bei wenigen Grundstücken führt und aus diesem Grunde zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Bohrfeld" unbedingt erforderlich ist.

Diese Begründung hat mit dem zugehörigen Plan gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 05.04.1988 bis 05.05.1988 öffentlich ausgelegt.

Sie wurde unter Behandlung/Berücksichtigung der zu dem Bauleitplanverfahren eingegangenen Stellungnahmen in der Sitzung am 09.06.1988 durch den Rat der Stadt Schöningen als Begründung zum Bebauungsplan "Bohrfeld, 5. Änderung" beschlossen.

Stadt Schöningen  
.....  
(Bürgermeister)  
.....  
(Stadtdirektor)



Hiermit wird beglaubigt, daß die  
vor- stehende  
um

Ablichtung mit der hier vorgelegten vorliegenden  
Urschrift der/des

Begründung z. B.-Plan "Befried. 5. Änderung"  
übereinstimmt.

Anzahl der Blätter: 1

Schöningen, den 20.2.95



i.A. Krich

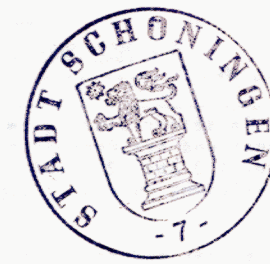
Hiermit wird beglaubigt, daß die  
vor- stehende  
um

Ablichtung mit der hier vorgelegten vorliegenden  
Urschrift der/des

B-Plan "Befried. 5. Änderung"  
übereinstimmt.

Anzahl der Blätter: 1

Schöningen, den 20.2.95



i.A. Krich